**Vorhabenbezogener Bebauungsplan “Intermodales Servicezentrum Horb“ in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Regierungspräsidium Karlsruhe

Regierungspräsidium Karlsruhe, Abteilung 4, Referat 42, 76247 Karlsruhe – Stellungnahme vom 19.04.2021

Anregung	Stellungnahme
<p>Das Regierungspräsidium Karlsruhe vertritt die Belange der Bundesstraßen nach Bundesfernstraßengesetz (FStrG) und der Landesstraßen nach dem Straßengesetz Baden-Württemberg (StrG).</p> <p>Der vorgelegte Bebauungsplan tangiert jedoch keine Bundes- oder Landesstraßen. Insofern sind Belange, die das Regierungspräsidium Karlsruhe vertritt, nicht betroffen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
	<p>Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.</p>

Regierungspräsidium Karlsruhe

Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 21, Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz, 76247 Karlsruhe – Stellungnahme vom 25.05.2021

Anregung	Stellungnahme
<p>Seitens der höheren Raumordnungsbehörde werden zu der o.g. Planung keine Anregungen vorgetragen. Wir verweisen auf die Ihnen vorliegende Stellungnahme des Regionalverbandes Nordschwarzwald vom 19.05.21.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
	<p>Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.</p>

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan “Intermodales Servicezentrum Horb“ in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Geodaten im Ausstrichbereich von Gesteinen der Meißner-Formation und des Trigonodusdolomits (Oberer Muschelkalk). Diese werden Bereich von Hangmulden von quartären Lockergesteinen (Holozäne Abschwemm-massen) mit im Detail nicht bekannter Mächtigkeit überlagert.

Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.

Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen. Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen. Wegen der Gefahr der Ausspülung lehmerfüllter Spalten ist bei Anlage von Versickerungseinrichtungen auf ausreichenden Abstand zu Fundamenten zu achten.

Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offenen bzw. lehmerfüllten Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

Boden

Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.

Mineralische Rohstoffe

Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.

Kenntnisnahme

Kenntnisnahme

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Intermodales Servicezentrum Horb" in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

<p>Grundwasser Auf die Lage des Plangebiets innerhalb der Schutzzone III des rechtskräftigen Wasserschutzgebietes „WSG TALMÜHLEQUELLE ZV Gäu-Wasservers.“ (WSG-Nr.: 237216, RVO vom 02.06.1989) wird im Umweltbericht hingewiesen.</p> <p>Aktuell findet im Plangebiet keine Bearbeitung des LGRB zu hydrogeologischen Themen statt.</p> <p>Weitere, sowie die o. a. Ausführungen ergänzende Hinweise, Anregungen oder Bedenken sind aus hydrogeologischer Sicht zum Planungsvorhaben nicht vorzubringen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Bergbau Die Planung liegt nicht in einem aktuellen Bergbaugebiet.</p> <p>Nach den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vorliegenden Unterlagen ist das Plangebiet nicht von Altbergbau oder Althohlräumen betroffen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Geotopschutz Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Allgemeine Hinweise Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Intermodales Servicezentrum Horb" in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

- a. Anstrahlung des zu beleuchtenden Objekts nur in notwendigem Umfang und Intensität,
 - b. Verwendung von Leuchtmitteln, die warmweißes Licht bis max. 3000 Kelvin (idealerweise unterhalb 2400 Kelvin) mit möglichst geringen Blauanteilen ausstrahlen,
 - c. Verwendung von Leuchtmitteln mit keiner höheren Leuchtstärke als erforderlich. Zur Ermittlung erforderlichen Beleuchtungsstärke ist DIN EN 13201-2 zu berücksichtigen.
 - d. Einsatz von Leuchten mit zeit- oder sensorengesteuerten Abschaltvorrichtungen oder Dimmfunktion,
 - e. Einbau von Vorrichtungen wie Abschirmungen, Bewegungsmeldern, Zeitschaltuhren,
 - f. Verwendung von Natriumdampflampen und warmweißen LED-Lampen statt Metallhalogen- und Quecksilberdampflampen,
 - g. Verwendung von Leuchtgehäusen, die kein Licht in oder über die Horizontale abstrahlen,
 - h. Anstrahlung der zu beleuchtenden Flächen grundsätzlich von oben nach unten,
 - i. Einsatz von UV-absorbierenden Leuchtenabdeckungen,
 - j. Staubdichte Konstruktion des Leuchtgehäuses, um das Eindringen von Insekten zu verhindern,
 - k. Oberflächentemperatur des Leuchtgehäuses max. 40° C, um einen Hitzetod anfliegender Insekten zu vermeiden (sofern leuchten-bedingte Erhitzung stattfindet).
- Dies trifft insbesondere auf die Vermeidung der Beleuchtung der randlichen Ausgleichsmaßnahmen für Natur u. Landschaft zu.

2. Um die Entwicklung der im Grünordnungsplan vorgesehenen Magerwiesen nicht zu konterkarieren, wird darauf hingewiesen, dass großkronige Laubbäume aufgrund negativer Verschattungswirkung, nicht auf diesen zu platzieren sind (auch bei prinzipiell zulässiger Abweichung von 5 m zum ursprünglich geplanten Verpflanzungsort).

3. Angelehnt an Ziffer 2 dieser Stellungnahme sind Obstbaumpflanzungen

Dem wird Folge geleistet.

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Intermodales Servicezentrum Horb" in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

<p>mit größtmöglichem Abstand zueinander zu verpflanzen.</p> <p>4. Als CEF-Maßnahme für den Feldsperling wird das Verhängen von Koloniebrüterkästen formuliert. Es wird angeregt die Maßnahme in den planungsrechtlichen Festsetzungen dahingehend zu ergänzen, dass deren Lage durch eine fachlich geeignete Person zu bestimmen ist.</p> <p>5. Die dem Umweltbericht zugehörige E/A-Bilanzierung kann bzgl. der Bepunktung der Einzelbäume nicht nachvollzogen werden. Es wird angeregt, diese zu überarbeiten.</p> <p>6. Es wird darauf hingewiesen, dass die ebenso als CEF-Maßnahme geplante Ausgleichpflanzung (Feldheckenbiotop) vorzeitig anzulegen ist, so dass die entfallende Funktion zum Eingriffszeitpunkt den assoziierten Arten bereits zur Verfügung steht. Hierzu gehört auch eine konkrete Beschreibung der zugehörigen Ausgleichsmaßnahme (Lage, Bepunktung nach ÖKVO, Maßnahmenplan, Flächenverfügbarkeitsnachweis). Änderungen in den Antragsunterlagen sind farblich zu markieren. Wir bitten Sie, uns nach Abschluss des Verfahrens die Endfassung der artenschutzrechtlichen Gutachten in elektronischer Form an Adresse@kreis-fds.de, zu übersenden.</p> <p>II. Untere Wasser- und Bodenschutzbehörde <u>Allgemeine Ausführungen</u> Das o. g. Plangebiet liegt in der Zone III des rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzgebietes für die Talmühlequelle des Zweckverbandes Gäuwasserversorgung.</p> <p>Die ausgesprochen sensiblen hydrogeologischen Verhältnisse im Gebiet sind im hydrogeologischen Gutachten (Henke und Partner, 22.01.2021) beschrieben.</p> <p>Im Plangebiet sind umfangreiche Auffüllungsmaßnahmen zur</p>	<p>Dem wird Folge geleistet.</p> <p>Dem wird Folge geleistet.</p> <p>Die Eingriffs- Ausgleichbilanzierung wird dahingehend überprüft und angepasst.</p> <p>Vor Satzungsbeschluss ist zwischen der Stadt Horb/ Vorhabenträger und der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) ein öffentlich-rechtlicher Vertrag abzuschließen, welcher die genannten Punkte regelt.</p>
---	--

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan “Intermodales Servicezentrum Horb“ in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

<p>Geländemodellierung erforderlich. Diese wurden im Vorfeld abgestimmt. Des Weiteren ist im Rahmen des Vorhabens die Erstellung eines Bodenschutzkonzeptes sowie eine fachkundige bodenkundliche Baubegleitung erforderlich.</p>	<p>Wird im Zuge der Ausführung berücksichtigt.</p>
<p>In Bezug auf die Entwässerung sind die zur Bebauung vorgesehenen Gebiete zum Teil nicht in dem allgemeinen Kanalisationsplan der Großen Kreisstadt Horb enthalten. Die ordnungsgemäße Entwässerung ist in einer Fachplanung nachzuweisen.</p>	<p>Die Vorgaben der Stadt Horb zum allgemeinen Kanalisationsplan wurden eingehalten. Entsprechende Fachplanungen wurden erstellt.</p>
<p>In den Planungsrechtlichen Festsetzungen (Stand: 16.02.2021) wird unter Punkt 8.0 aufgeführt, dass das gesamte Areal im Trennsystem entwässert werden soll. Ein Nachweis über eine ordnungsgemäße Entwässerung liegt dem Landratsamt momentan nicht vor. Erst mit der Vorlage der vollständigen Unterlagen kann abschließend Stellung genommen werden. Der Bebauungsplan sollte erst als Satzung beschlossen werden, wenn alle wasserwirtschaftlichen Belange geklärt wurden.</p>	<p>Das Entwässerungskonzept wurde mit dem Landratsamt abgestimmt.</p>
<p><u>Anregungen und Hinweise</u> 1. Auf die besondere Sorgfaltspflicht aller ausführenden Firmen innerhalb des Wasserschutzgebiets, vor allem im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, ist hinzuweisen.</p>	<p>Dem wird nachgekommen.</p>
<p>2. Für die im Plangebiet vorgesehenen Aufschüttungen zur Geländeneivellierung ist zu ergänzen, dass hierfür nur Bodenmaterial mit naturbedingt (geogen) erhöhten Schadstoffgehalten bis einschließlich Z1.1 eingebaut werden darf.</p>	<p>Wird zu den Hinweisen zum Bebauungsplan genommen.</p>
<p>3. Die erforderliche bodenkundliche Baubegleitung sowie die Erstellung des Bodenschutzkonzeptes sollten explizit Erwähnung finden.</p>	<p>Wird zu den Hinweisen zum Bebauungsplan genommen.</p>
<p>4. Kommt es trotz Berücksichtigung der im Umweltbericht aufgeführten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen zum Austritt von wassergefährdenden Stoffen in die Umwelt ist das Landratsamt</p>	<p>Dem wird in einem solchen Fall nachgekommen.</p>

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Intermodales Servicezentrum Horb" in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Freudenstadt –Amt für Bau, Umwelt und Wasserwirtschaft- unverzüglich zu verständigen.

III. Untere Landwirtschaftsbehörde

Allgemeine Ausführungen zum Vorhaben

Die zu überplanende Fläche ist im Regionalplan überwiegend als Vorratsstandort für Gewerbe-Großansiedlungen ausgewiesen. Im Flächennutzungsplan sind 20% des Planbereiches als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Diese Grundstücke werden ackerbaulich genutzt. Für den östlichen Bereich gibt es einen rechtskräftigen Bebauungsplan, der nach Westen erweitert werden soll.

Landwirtschaftliche Belange sind durch die Planung betroffen. Aufgrund der örtlichen Situation werden diese jedoch zurückgestellt. Aus agrarstruktureller Sicht bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.

Im Umweltbericht ist dargelegt, dass die Ausgleichsmaßnahmen bis auf das Schutzgut Boden planintern ausgeglichen werden können. Aus landwirtschaftlicher Sicht ist dies zu begrüßen, da keine weiteren Flächen beansprucht werden

Kenntnisnahme

Anregungen und Hinweise

Der rechtskräftige Bebauungsplan wird nach Westen erweitert und es gehen entgegen der ursprünglichen Planung weitere landwirtschaftlich genutzte Flächen verloren. Daher regen wir an, dass der südliche Bereich des bestehenden Bebauungsplanes entsprechend zurück genommen wird auf die Grenze des geplanten Container Umschlagplatzes.

Kenntnisnahme

IV. Untere Forstbehörde

Allgemeine Ausführungen zur Planung

Durch die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Intermodales Servicezentrum Horb" ist Wald im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Landeswald-gesetzes (LWaldG) auf den Flurstücken 2032/2 und 2032 Gemarkung Altheim betroffen. Der Abstand der Baugrenze unterschreitet den gesetzlichen Waldabstand von 30 m zu angrenzenden Waldflächen nicht.

Kenntnisnahme

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Intermodales Servicezentrum Horb" in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Bei Flurstück 2032/2 werden ca. 50-100 m² Wald überplant, die in der zeichnerischen Festlegung des Bebauungsplans als Fläche zum Erhalt vorhandener Vegetationsstrukturen (PFB) ausgewiesen ist. Die betroffene Waldfläche ist als Biotop kartiert. An der Waldeigenschaft ändert sich durch die Planung nichts, die Flächen sollten aber als Wald dargestellt werden oder die Abgrenzung des Geltungsbereiches im Bebauungsplan und dem parallel laufenden Änderungsverfahren des Flächennutzungsplans so erfolgen, dass diese Waldflächen nicht überplant werden. Eine Überplanung der Waldflächen hätte eine Waldinanspruchnahme zur Folge, so dass in den laufenden Verfahren eine Umwandlungserklärung nach §10 Landeswaldgesetz durch die höhere Forstbehörde erteilt werden müsste, um die Rechtswirksamkeit beider Pläne herzustellen.

Am südlichen Teil des Bebauungsplans an der Grenze zum Flurstück 2032 Gemarkung Altheim ist Wald bzw. die Zufahrt zum Wald betroffen. Bisher existiert auf dem Flurstück 2032 eine Zufahrt zum Wald am westlichen Rand des Grundstücks bzw. ein Maschinenweg entlang am Waldrand, der auf die K4706 mündet. Über diese Zufahrt werden der Waldbestand bewirtschaftet und Maßnahmen zur Verkehrssicherung entlang der Kreisstraße durchgeführt. Durch die Grenze des Bauungsplans wird die Zufahrt zum Wald als Fläche zur Entwicklung von Ruderalvegetation (A4) ausgewiesen. Aus Sicht der unteren Forstbehörde ist diese Zufahrt zum Wald zu erhalten. Dies könnte ebenfalls durch eine kleine Änderung des Geltungsbereiches und durch die dauerhafte Sicherung eines Überfahrtsrechts erfolgen.

Anregungen und Hinweise

1. Um die Inanspruchnahme von Waldflächen auf dem Flurstück 2032/2 und das damit verbundene forstrechtliche Verfahren zu vermeiden, empfehlen wir eine geringfügige Anpassung des Geltungsbereiches des Flächennutzungs- und des Bebauungsplans. Wenn diese Anpassungen nicht möglich sind, sollte diese Fläche als Wald dargestellt werden. In dem

Der besagte Bereich wird als Waldfläche in der Planzeichnung zum Bebauungsplan „Intermodales Servicezentrum Horb“ dargestellt.

Das Waldgrundstück hat am südlichen Grundstücksende eine Zufahrt. Damit ist das Grundstück erschlossen. Zudem wird im Kaufvertrag für die besagte nördliche Zufahrt ein Überfahrtsrecht eingeräumt.

s. Oben

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Intermodales Servicezentrum Horb" in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Fall ist für diese Waldfläche in den laufenden Verfahren eine Umwandlungserklärung nach §10 Landeswaldgesetz durch die höhere Forstbehörde beim Regierungspräsidium Freiburg zu erteilen.

2. Die westliche Zufahrt zum Wald auf Flurstück 2032 sollte weiterhin bestehen bleiben, um die Bewirtschaftung des Waldes und vor allem die Durch-führung der Verkehrssicherung entlang der K4706 weiterhin zu ermöglichen. Diese Zufahrt sollte dauerhaft gesichert sein (Überfahrtsrecht) und im Bebauungsplant entsprechend dargestellt werden. Wir empfehlen auch hier eine geringfügige Anpassung des Geltungsbereiches.

V. Straßenbauamt

Allgemeine Ausführungen zur Planung

Der verkehrlichen Erschließung des Plangebietes mit direkter Anbindung an die Kreisstraße 4706 wird nicht zugestimmt, weil

- a) die bestehende Fahrbahnbreite keine Linksabbiegerspur erlaubt
- b) ein Linksabbiegerverbot (durchgezogene Linie und Beschilderung) missachtet werden könnte
- c) sich die Unfallgefahr deutlich erhöhen würde, weil das Sichtfeld nicht ausreichend ist

Die verkehrliche Erschließung sollte über die Willi-Ledermann-Straße zur Industriestraße erfolgen.

Anregungen und Hinweise

a) Anbauverbot

Nach § 22 StrG dürfen außerhalb der Ortsdurchfahrten Hochbauten jeder Art längs von Kreisstraßen in einer Entfernung bis zu 15 Meter, jeweils gemessen von äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, nicht errichtet werden.

b) Neuanpflanzungen

Für Neupflanzungen von Bäumen verweisen wir auf die RPS (= Richtlinien)

s. Stellungnahme S. 10

Aufgrund des teilweise schmalen Querschnittes sowie der Kurvigkeit der Willi-Ledermann-Straße wurde geprüft, wie die Achse der Willi-Ledermann-Straße entlastet werden kann. Dies ist durch eine zusätzliche Anbindung an die K 4706 möglich.

Es ist dabei nur eine Ausfahrt in beide Fahrrichtungen auf die K 4706 geplant. Die Zufahrt ist nicht möglich, sondern geht weiterhin über die Industriestraße. Die Fahrzeuge aus dem Depot können somit ohne Nutzung der Willi-Ledermann-Straße das übergeordnete Straßennetz erreichen. Auch für diese Einmündung zur K 4706 kann eine sehr gute Verkehrsentwicklung ermittelt werden. Die geplante Verkehrsführung kann die Begegnungsverkehre in der Willi-Ledermann-Straße reduzieren und dort den Verkehrsfluss verbessern.

Die oben beschriebene verkehrliche Anbindung an die K 4706 wurde mit dem Straßenbauamt und der Stadt Horb abgestimmt. Diese wird im Vorhaben- und Erschließungsplan entsprechend dargestellt.

Der erforderliche Abstand wird eingehalten.

Kenntnisnahme.

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan “Intermodales Servicezentrum Horb“ in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme, Ausgabe 2009), die die Abstände zum Fahrbahnrand je nach Situation verbindlich vorgibt.

Gemäß RPS betragen die kritischen Abstände bei starren Hindernissen (Bäume, etc.) im 100 km/h-Bereich 7,50 m zum Fahrbahnrand, im 70 km/h-Bereich 4,50 m. Diese Maße gelten in der Waagerechten. Befindet sich das Hindernis tiefer als die Straße, erhöht sich der Abstand um 1,50 m pro Höhenmeter, bei höherer Lage dementsprechend weniger.

c) Entwässerung

Eine Benutzung der Straßenentwässerungsmulden, Wasserdurchlässe und Verdohlung darf nicht erfolgen.

Weiter ist durch geeignete Maßnahmen sicher zu stellen, dass kein gesammeltes Oberflächenwasser auf die Straßengrundstücksfläche zugeleitet wird.

Gegen die zwei Retentionsbecken haben wir Bedenken.

Es ist dafür Sorgen zu tragen, dass sich keine wandernden Amphibien, insbesondere Kröten, ansiedeln. Hierzu sind geeignete Mittel zu wählen. Eine Krötenquerung der Fahrbahnen der K 4706 ist dauerhaft auszuschließen.

Des Weiteren ist nachzuweisen, dass bei maximaler Befüllung keine Durchfeuchtung des Straßenkörpers erfolgen kann. Hierfür muss der Wasserspiegel mindestens 1,00 m an der ungünstigsten Stelle unter der Fahrbahn liegen.

d) Inanspruchnahme

Bei notwendigen Inanspruchnahmen der Straßengrundstücksfläche für Ver- bzw. Entsorgungsleitungen reichen Sie bitte die Planunterlagen mit Angabe über Leitungsart, -führung, Rohrart, Durchmesser, Verlegetiefe und vorgesehener Bauweise beim Straßenbauamt des Landkreises

Die Vorgaben gemäß RPS werden eingehalten.

Sämtliches Schmutz- und Regenwasser wird dem öffentlichen Kanal zugeführt. Lediglich das unverschmutzte Dachflächenwasser wird in den Versickerungsbecken dem Grundwasser zugeführt. Nur bei einem 100-jährigen Regenereignis läuft das Wasser oberflächlich ab.

Da nur über einen sehr geringen Zeitraum Wasser in den Becken steht, ist nicht damit zu rechnen, dass es zur Ansiedlung von Kröten kommt.

Eine Durchfeuchtung des Straßenkörpers ist aufgrund der Entfernung nicht gegeben.

Kenntnisnahme

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Intermodales Servicezentrum Horb" in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

<p>Freudenstadt ein.</p> <p>VI. Gewerbeaufsicht <u>Allgemeine Ausführungen zum Vorhaben</u></p> <p>Mit der Schalltechnischen Untersuchung vom 29.01.2021 wird nachgewiesen, dass das Bauvorhaben unter Berücksichtigung eines künftigen Ausbaumaßes bis zum Jahr 2035 deutlich das Irrelevanzkriterium der TA Lärm an den betrachteten Immissionsorten erfüllt.</p> <p><u>Anregungen und Hinweise</u> Bezüglich der Schalltechnischen Untersuchung ist anzumerken, dass die nach den planungsrechtlichen Festsetzungen zulässige Betriebstankstelle nicht bei den Emissionsansätzen berücksichtigt wurde, auch die KFZ-Verladung ist hier nicht explizit aufgeführt (siehe Punkt 3.3 „wesentliche Schallquellen“ auf Seite 6). In Anbetracht der deutlichen Unterschreitung der Immissionsrichtwerte ist jedoch davon auszugehen, dass auch bei Mitbetrachtung dieser weiteren Emissionsquellen die Richtwerte eingehalten werden können.</p> <p>Nach den planungsrechtlichen Festsetzungen wird ein Sondergebiet mit Zweck-bestimmung „Intermodales Servicezentrum Horb (ISH)“ ausgewiesen. Da in der Schalltechnischen Untersuchung zum ISH die deutliche Einhaltung der Immissionsrichtwerte nachgewiesen wird, kann aus Sicht der Gewerbeaufsicht auf die Lärmkontingentierung verzichtet werden.</p> <p>VII. Flurneueordnungsstelle Laufende oder geplante Flurneueordnungsverfahren sind von dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan nicht betroffen. Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.</p> <p>VIII. Vermessungsamt</p>	<p>Kennntnisnahme</p> <p>Kennntnisnahme</p> <p>Kennntnisnahme</p> <p>Kennntnisnahme</p>
--	---

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Intermodales Servicezentrum Horb" in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

1. Als Kartengrundlage für den B-Plan ist ein aktueller Katasterauszug zu verwenden.
2. In der Begründung zum B-Plan ist die Nr. 4.0 entsprechend zu überarbeiten.
3. Bei dem neu überplanten Bereich des bisherigen B-Plans „Industriegebiet Horb a.N.“ sollten die bisherigen Festsetzungen explizit aufgehoben werden. Dies sollte in der Graphik entsprechend dargestellt werden.
4. Die rechtliche und tatsächliche Erschließung der verbleibenden Außenbereichsgrundstücke z.B. Flst. 2186/1, 2186/2 und 2027/1 ist in geeigneter Weise sicherzustellen.
5. Auf die Mindestgrenzabstände des Nachbarrechtsgesetzes zum landwirtschaftlichen Außenbereich wird hingewiesen

IX. Kreisbrandmeister

Zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung ist eine Wassermenge von mindestens 96 m³ / Stunde über mindestens zwei Stunden erforderlich.

Die geforderte Löschwassermenge muss innerhalb eines Löschbereiches von maximal 300 Meter um die Objekte sichergestellt werden. Geeignete Entnahmestellen (z.B. Hydranten) müssen in einer Entfernung von höchstens 80 Meter zu Gebäuden vorhanden sein. Entnahmestellen sind mindestens einmal im Jahr, möglichst vor Beginn des Winters, zu überprüfen und zu warten.

Der Netzdruck darf bei der Löschwasserentnahme an keiner Stelle des Netzes unter 1,5 bar abfallen. Bei der Verwendung von Überflurhydranten ist die DIN 3222 zu beachten. Gleiches gilt bei der Verwendung von Unterflurhydranten, dort gilt DIN 3221. Hydranten und Wasserentnahmestellen anderer Art sind mit Hinweisschildern nach DIN 4066 zu kennzeichnen.

Es sind Zufahrtsmöglichkeiten für Lösch- und Rettungsfahrzeuge bzw. Zu-

Bei der Kartengrundlage handelt es sich, um den zum Zeitpunkt der Erstellung der Plangrundlagen, aktuellen Katasterauszug. Eine aktuelle Kartengrundlage mit Stand Mai 2021 liegt mittlerweile vor und wird der Planzeichnung zugrunde gelegt.

Der Geltungsbereich dieses vorhabenbezogenen Bebauungsplans überschneidet sich im Osten mit einer Fläche von ca. 2,0 ha mit der des bisher rechtsgültigen Bebauungsplans „Industriegebiet Horb a.N.“.

Die genannten Flurstücke liegen außerhalb des Geltungsbereichs und werden dort über einen vorhandenen Weg erschlossen.

Kenntnisnahme

Der Schachthydrant am Ende der Willi-Ledermann-Str. wird über eine 150er Leitung angefahren. Hier stehen 96m³/h über 2 Stunden mit mindestens 1,5 bar zur Verfügung.

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan “Intermodales Servicezentrum Horb“ in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Eisenbahn-Bundesamt

Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart, Südendstraße 44, 76135 Karlsruhe - Stellungnahme vom 28.04.2021

Anregung	Stellungnahme
<p>AZ: 59141-591pt/019-2021#096</p> <p>Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.</p> <p>Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von dem Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Intermodales Servicezentrum Horb“ nicht berührt. Insofern bestehen keine Bedenken.</p> <p>Wie bereits veranlasst, wird die Beteiligung der Infrastrukturbetreiberin DB Netz als Trägerin öffentlicher Belange empfohlen. Denn das Eisenbahn-Bundesamt prüft nicht die Vereinbarkeit Ihrer Planungen aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
	<p>Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.</p>

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan “Intermodales Servicezentrum Horb“ in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn – Stellungnahme vom 16.04.2021

Anregung	Stellungnahme
Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr nicht berührt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Kenntnisnahme
	Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.

Deutscher Wetterdienst (DWD)

Deutscher Wetterdienst, Postfach 10 04 65, 63004 Offenbach – Stellungnahme vom 29.04.2021

Anregung	Stellungnahme
Die Planung wurde anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen durch unsere Fachbereiche geprüft. Das geplante Vorhaben beeinträchtigt nicht den öffentlichrechtlichen Aufgabenbereich des Deutschen Wetterdienstes. Deshalb werden keine Einwände erhoben.	Kenntnisnahme
	Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan “Intermodales Servicezentrum Horb“ in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Bundesnetzagentur

Bundesnetzagentur, Referat 226/Richtfunk, Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin – Stellungnahme vom

Anregung	Stellungnahme
<p>auf Grundlage der von Ihnen zur Verfügung gestellten Angaben habe ich eine Überprüfung des angefragten Gebiets durchgeführt. Nachfolgend können Sie die Namen und Anschriften der in dem ermittelten Koordinatenbereich tätigen Richtfunkbetreiber, die für Sie als Ansprechpartner in Frage kommen, entnehmen. Durch deren rechtzeitige Einbeziehung in die weitere Planung ist es ggf. möglich, Störungen des Betriebs von Richtfunkstrecken zu vermeiden.</p> <p>Betreiber von Richtfunkstrecken Vorgangsnummer: 36806 Baubereich: Horb am Neckar, Ortsteil Altheim, Landkreis Freudenstadt Koordinaten-Bereich: NW: 08E3852 48N2755 (WGS 84 in Grad/Min./Sek.) SO: 08E3919 48N2746</p> <p>Betreiber und Anschrift: Derzeit sind keine Richtfunkstrecken im Plangebiet vorhanden!</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
	<p>Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.</p>

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan “Intermodales Servicezentrum Horb“ in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Netze BW

Netze BW GmbH, Stuttgarter Straße 80-84, 71083 Herrenberg – Stellungnahme vom 29.04.2021

Anregung	Stellungnahme
<p><u>Stellungnahme Erdgasversorgung:</u></p> <p>Am Rande des Geltungsbereichs des Bebauungsplanverfahrens sind Erdgasversorgungsleitungen vorhanden.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass unsere Leitungen auch künftig in Lage und Höhe unverändert in öffentlichen Verkehrsflächen bestehen bleiben können. Gegen den Bebauungsplan bestehen im Übrigen seitens der Netze BE GmbH Erdgasversorgung keine Einwendungen.</p> <p><u>Stellungnahme Stromversorgung:</u></p> <p>Am Rande des Geltungsbereiches des Bebauungsplans führen nachfolgende Leitungsanlagen unseres Unternehmens: - 0,4 -kV-Erdkabel</p> <p>Wir gehen davon aus, dass unsere vorhandene Anlage unverändert bestehen bleiben kann.</p> <p>Wir bitten Sie daher, uns am Bebauungsplanverfahren weiterhin zu beteiligen und uns die entsprechenden Detailpläne zu gegebener Zeit zuzusenden.</p> <p>Bedenken oder Anregungen haben wir gegen die Änderung des Bebauungsplanes nicht vorzubringen.</p> <p>Bitte beteiligen Sie uns am weiteren Verfahren.</p> <p>Einen Bestandsplan im Maßstab 1:500 haben wir beigelegt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Dem wird nachgekommen.</p>
	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Stellungnahme wird zugestimmt.</p>

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan “Intermodales Servicezentrum Horb“ in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Deutsche Telekom AG, T-Com

Dt. Telekom Technik GmbH, T NL SW, PTI 32, Adolf-Kolping-Straße 2-4, 78166 Donaueschingen – Stellungnahme vom 16.04.2021

Anregung	Stellungnahme
Da es sich hier um einen Gebäudekomplex handelt, ist unser Bauherrensenservice der Telekom zuständig. Der Bauherr möge sich bitte rechtzeitig vor Beginn der Bauarbeiten dort melden. Kontaktdaten Tel.: 0800 3301903, web: www.telekom.de/bauherren . Ein Lageplan ist beigefügt.	Dem wird zum gegebenen Zeitpunkt nachgekommen.
	Beschlussvorschlag: Der Stellungnahme wird zugestimmt.

Unitymedia BW GmbH

Vodafone BW GmbH, (ehem. Unitymedia) Zentrale Planung, Postfach 10 20 28, 34020 Kassel– Stellungnahme vom 18.05.2021

Anregung	Stellungnahme
Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände.	Kenntnisnahme
	Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan “Intermodales Servicezentrum Horb“ in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Regionalverband Nordschwarzwald

Regionalverband Nordschwarzwald, Westliche Karl Friedrich-Straße 29-31, 75172 Pforzheim – Stellungnahme vom

Anregung	Stellungnahme
<p>Die folgende Stellungnahme erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung unserer Gremien (voraussichtlich in der Sitzung der Verbandsversammlung am 07.07.2021).</p> <p>Mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um die Langzeitabstellung von leeren und beladenen Ladeeinheiten zu ermöglichen sowie KV-affine Dienstleistungen für das angrenzende KV-Terminal anzubieten.</p> <p>Mit dem Vorhaben ist eine geringfügige Überschreitung im Umfang von ca. 0,75 ha der westlichen Grenze der bauleitplanerisch gesicherten Fläche verbunden. Dadurch wird auch ein im Regionalplan 2015 dort festgelegter Regionaler Grünzug randlich tangiert. Die Überlagerung des Grünzugs ist als maßstäblich bedingter Ausformungsspielraum zu bewerten. Damit steht dem Vorhaben kein Ziel des Regionalplans 2015 entgegen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
	<p>Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.</p>

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan “Intermodales Servicezentrum Horb“ in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Deutsche Bahn Immobiliengesellschaft mbH

Deutsche Bahn Immobiliengesellschaft mbH, Region Südwest, Gutschstraße 6, 76137 Karlsruhe– Stellungnahme vom 16.04.2021

Anregung	Stellungnahme
Durch den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Intermodales Servicezentrum Horb“ werden die Belange der DB AG und ihrer Konzernunternehmen nicht berührt. Wir haben daher weder Bedenken noch Anregungen vorzubringen. Auf die durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehenden Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall usw.) wird vorsorglich hingewiesen.	Kenntnisnahme
	Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.

Handwerkskammer Reutlingen

Handwerkskammer Reutlingen, Hindenburgstraße 58, 72762 Reutlingen– Stellungnahme vom 12.05.2021

Anregung	Stellungnahme
Die Belange des Handwerks werden durch diesen Bebauungsplan nicht tangiert. Von Seiten der Handwerkskammer Reutlingen bestehen keine Bedenken. Eine weitere Beteiligung an diesem Vorhaben ist nicht erforderlich.	Kenntnisnahme
	Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan “Intermodales Servicezentrum Horb“ in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Horb Aktiv e.V.

City-Initiative Horb Aktiv e.V., Mühlener Straße 2, 72160 Horb a.N. – Stellungnahme vom 16.04.2021

Anregung	Stellungnahme
Vielen Dank für die Übermittlung der Unterlagen zum Intermodalen Servicezentrum Horb, im Rahmen der Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange. Die City-Initiative Horb Aktiv e.V. kann das Vorhaben nur unterstützen und macht daher keine Bedenken geltend.	Kenntnisnahme
	Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.

Zweckverband Wasserversorgung Kleine Kinzig

Zweckverband Wasserversorgung Kleine Kinzig, 72275 Alpirsbach – Stellungnahme vom 15.04.2021

Anregung	Stellungnahme
Wir bedanken uns für die Zusendung der Unterlagen und teilen Ihnen mit, dass die Anlagen des Zweckverbandes Wasserversorgung Kleine Kinzig durch den ausgewiesenen Geltungsbereich des Bebauungsplanes nicht betroffen werden.	Kenntnisnahme
	Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.

Gemeinde Schopfloch

Bürgermeisteramt Schopfloch, Marktplatz 2, 72296 Schopfloch – Stellungnahme vom 29.04.2021

Anregung	Stellungnahme
Die Gemeinde Schopfloch hat zur Aufstellung des o.g. Bebauungsplans keine Einwendungen. Eine weitere Beteiligung der Gemeinde Schopfloch ist bei diesem Verfahren nicht erforderlich.	Kenntnisnahme
	Beschlussvorschlag: Kein Beschluss erforderlich.

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Intermodales Servicezentrum Horb" in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Stellungnahme aus der Öffentlichkeit

Bürger/ Bürgerin 1 Stellungnahme vom 26.05.2021

Anregung	Stellungnahme
<p>Als Anwohner der Danziger Str. ist meine Sorge, dass die im Gutachten angenommenen Fahrwege nicht eintreten. Auf der PDF-Seite 18 der Anlage 5, werden in Richtung Altheim auf der K4706 1.050 Transporte pro Jahr angenommen und 1.100 Fahrten in Richtung B28. Bei den Fahrten in Richtung B28 (1.100 pro Jahr) habe ich die größte Befürchtung, dass ein ganz großer Teil über die Danziger Str. auf die B28 fährt. Schon jetzt wird diese alterative Route genommen.</p> <p>Wer stellt sicher, dass die Verkehrswege im Gutachten eingehalten werden? Und was passiert wenn dies nicht der Fall ist? Kann jetzt schon eine Lenkungswirkung erzielt werden?</p> <p>Wird die zusätzliche Ausfahrt gemäß Übersichtslageplan auf die K4706 kommen?</p> <p>Nachtrag 02.06.2021: Auch wenn ggf. bereits verfristet bitte im Rahmen der Abwägung auswerten. Danke.</p>	<p>Aufgrund der Ansiedelung des KV-Terminals werden 20 Fahrten am Tag über die B 28 in und aus Fahrtrichtung Westen ermittelt, mit dem Servicedepot sind dies 40 Fahrten am Tag. Diese Fahrten befinden sich bereits heute im Straßennetz bzw. auf der B 28. Durch die Ein- und Ausfahrt des KV-Terminals im Bereich des IG Horb-Heiligenfeld ändern sich die Fahrtrouten und verkürzen sich. Mit dem Ausbau der B 28 nördlich von Horb ergibt sich über die K 4706 eine direkt Zufahrtsmöglichkeit von/zum Terminal zur B 28. Bis dieser Ausbau erfolgt ist, empfiehlt es sich für die Fahrtenrelation von und nach Westen (B 28) die Schwerverkehre über die K 4706 nach Süden und direkt zur B 28 zu schicken. Diese Achsen sind ausreichend ausgebaut und gehen nicht durch bebaute Gebiete. Diese Route ist länger als die direkte Fahrmöglichkeit über die K 4706 durch Grünmettstetten und weiter über die K 4703 zur B 28. Die Fahrmöglichkeit über die Danziger Straße liegt von der Länge dazwischen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • K 4706 - B 28: 8 km - ca. 10 Minuten Fahrzeit • K 4706 - Grünmettstetten - K 4703: 5,4 km - ca. 7 Minuten Fahrzeit

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Intermodales Servicezentrum Horb" in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

	<ul style="list-style-type: none"> • K 4706 - Danziger Straße: 7,1 km - ca. 10 Minuten Fahrzeit <p>Die Route über die Danziger Straße benötigt die gleiche Fahrzeit wie die direkte Führung zur B 28, ist aber aufgrund des Ausbaustandards, der Kurvigkeit und dem Bahnübergang deutlich schwieriger für die Sattelzüge zu befahren. Es wird aus verkehrlicher Sicht nicht davon ausgegangen, dass diese Achse eine Alternative für den Schwerverkehr darstellt bzw. diese genutzt wird.</p>
	<p>Beschlussvorschlag: Der Stellungnahme wird zugestimmt.</p>

Stellungnahme aus der Öffentlichkeit

Bürger/ Bürgerin 2 Stellungnahme vom 09.06.2021

Anregung	Stellungnahme
<p>Ich wohne in Altheim, Danziger Str., die eine Verbindungsstraße von Altheim nach Rexingen ist. (K4779)</p> <p>In den ganzen Medienberichten KVT wird argumentiert, dass die Belastung für Altheim geringfügig bleibt, da wesentliche Verkehrsströme in Richtung Horb, Nagold und Freudenstadt abfließen. Aber wie wird Richtung Freudenstadt gefahren- selbstverständlich über das Wohnviertel Altheim, Danziger Str.</p> <p>Diese schmale Straße (K4779) ist durch Schwerlastverkehr in einem sehr schlechten Zustand.</p> <p>Obwohl es eine neu ! ausgebaute Bundesstr.28 mit gut ausgebauter</p>	<p>Aufgrund der Ansiedelung des KV-Terminals werden 20 Fahrten am Tag über die B 28 in und aus Fahrtrichtung Westen ermittelt, mit dem Servicedepot sind dies 40 Fahrten am Tag. Diese Fahrten befinden sich bereits heute im Straßennetz bzw. auf der B 28. Durch die Ein- und Ausfahrt des KV-Terminals im Bereich des IG Horb-Heiligenfeld ändern sich die Fahrtrouten und verkürzen sich. Mit dem Ausbau der B 28 nördlich von Horb ergibt sich über die K 4706 eine direkt Zufahrtsmöglichkeit von/zum Terminal zur B 28. Bis dieser Ausbau erfolgt ist, empfiehlt es sich für die Fahrtenrelation von und nach Westen (B 28)</p>

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Intermodales Servicezentrum Horb" in Horb am Neckar-Altheim
Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie
der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB**

<p>Zufahrtsstr.,K4706, zum Industriegebiet Heiligenfeld gibt ,findet die Zu- und Abfahrt der LKW's zum Industriegebiet Heiligenfeld Horb ab Rexinger Kapelle von Freudenstadt her bereits jetzt über die Ortsdurchfahrt Danziger Str. (K4779) statt. Zusätzlich erfolgt über die Danziger Str. die Anfahrt der LKW's zur Erddeponie!</p> <p>Die LKW's poltern mit überhöhter Geschwindigkeit durch die holprige 50 er Zone und trotz Gebäudeabstand von 20 m Abstand zur Straße ist das eine enorme Lärmbelästigung für die Anwohner. Da gut ausgebaute Straßen ohne Wohngebiete vorhanden sind ist es nur natürlich, wenn der Schwerlastverkehr über entsprechende Verkehrsleitführung diese Straßen von und zu KVT/Heiligenfeld benützen muß.</p> <p>Die Mehrlänge gegenüber dem Schleichweg Ortsdurchfahrt Danziger Str. beträgt 1km!!</p> <p>Verwaltungsseitig werden zurecht die fehlenden Ortsumgehungen von Bildechingen, Eutingen und Ortskern Altheim bemängelt.</p> <p>Hier, in diesem Falle ist aber die Ortsumgehung vorhanden und deren Einhaltung wird von Behördenseite nicht eingefordert.</p> <p>Und jetzt soll noch der KVT Schwerverkehr dazu kommen??</p> <p>Ich bitte meine Ausführungen zu berücksichtigen,</p>	<p>die Schwerverkehre über die K 4706 nach Süden und direkt zur B 28 zu schicken. Diese Achsen sind ausreichend ausgebaut und gehen nicht durch bebaute Gebiete. Diese Route ist länger als die direkte Fahrmöglichkeit über die K 4706 durch Grünmettstetten und weiter über die K 4703 zur B 28. Die Fahrmöglichkeit über die Danziger Straße liegt von der Länge dazwischen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • K 4706 - B 28: 8 km - ca. 10 Minuten Fahrzeit • K 4706 - Grünmettstetten - K 4703: 5,4 km - ca. 7 Minuten Fahrzeit • K 4706 - Danziger Straße: 7,1 km - ca. 10 Minuten Fahrzeit <p>Die Route über die Danziger Straße benötigt die gleiche Fahrtzeit wie die direkte Führung zur B 28, ist aber aufgrund des Ausbaustandards, der Kurvigkeit und dem Bahnübergang deutlich schwieriger für die Sattelzüge zu befahren. Es wird aus verkehrlicher Sicht nicht davon ausgegangen, dass diese Achse eine Alternative für den Schwerverkehr darstellt bzw. diese genutzt wird.</p>
	<p>Beschlussvorschlag: Der Stellungnahme wird dzugestimmt.</p>